Ein neuer Staat für die Palästinenser?

Attentate und Todesdrohungen in Westjordanien: Die unter Besatzungsrecht lebenden Palästinenser hoffen auf Befreiung und auf einen eigenen Staat. Doch König Hussein will auf der Genfer Friedenskonferenz gegen die Demontage seines Staates kämpfen. Er hofft auf Hilfe durch Amerikas Kissinger und Ägyptens Präsident Sadat.

Amerikas Henry Kissinger hetzte erneut durch Abendland und Morgenland. In Beirut, so hieß es laut „Al-Ahram", wollte er diesmal Politiker treffen, denen der weitgereiste Friedensmacher noch niemals begegnet war: Vertretern der Palästinenser, des einzigen Arabervolkes, das weder Staat noch Land besitzt und das unter dem nahöstlichen Dauer-Brand am meisten zu leiden hatte.



Kiebitz Kissinger Newsweek

Doch Palästinenser-Chef Jassir Arafat brüskierte den Amerikaner. In Beirut tönte das Palästinenser-freundliche Blatt „Al-Liwa", Arafat habe kein Interesse an einem Treffen.

In dem von Israel besetzten Westjordanien entfesselten derweil Palästinenser die erste große Terrorwelle seit drei Jahren. Sie schossen auf einen israelischen Polizisten in Ramalla, legten in Hebron Minen, schickten dem Gouverneur in Tulkarem ein mit Sprengstoff geladenes Transistorgerät. Über die Lautsprecher der Minarette wurde Kollaborateuren mit dem Tode gedroht — die Befreiung scheint den seit 1967 unter Besatzungsrecht lebenden Palästinensern nahe.

Denn der Araber-Gipfel von Algier hatte Ende November nicht nur Räumung aller von Israel besetzten Gebiete gefordert, sondern auch die Wiederherstellung der „nationalen Rechte" der Palästinenser — was als Gründungsauftrag für einen palästinensischen Nationalstaat verstanden wurde.

Einstimmig erkannten die versammelten Araberführer den stoppelbärtigen Arafat als „alleinigen Vertreter des palästinensischen Volkes" an.

Palästina dürfte damit zu den Traktanden der Friedenskonferenz gehören, zu der sich — erstmals seit Gründung Israels — Araber und Israelis unter Aufsicht der beiden Weltmächte diese Woche an einen Tisch setzen wollten.

Die Mitglieder des „palästinensischen Volkes" freilich leben zerstreut: etwa 400 000 Flüchtlinge in Syrien und im Libanon, 1,5 Millionen Menschen in den von Israel besetzten arabischen Gebieten. Vor allem aber: Diese Gebiete gehörten bis zum 67er Krieg arabischen Nachbarn: der Gaza-Streifen zu Ägypten, das Westufer des Jordan zu König Husseins Jordanien. Würde das fruchtbare Westjordanien Heimstatt aller Palästinenser, wäre Hussein endgültig auf sein Wüstenland östlich des Jordan reduziert und als verhältnismäßig stabile Nahost-Größe ausgeschaltet.

Hussein will seine Westgebiete wiederhaben, und Israel will sie lieber ihm als Arafat geben: Ein Palästinenser-Staat, der weit in israelisches Territorium ragt, wäre zwangsläufig revanchistisch und ein neuer Unruheherd in Nahost.

Weil Arafat Sitz auf dem Gipfel in Algier hatte, blieb Hussein zu Hause. Jetzt schleust er, offenkundig mit israelischem Einverständnis, tausende Pässe des Königreichs in den Gazastreifen am Mittelmeer, um die dort lebenden Palästinenser zu Jordaniern zu machen.

Arabische Beamte in Ostjerusalem, die seit Jahren ihre Gehälter in israelischen Pfund erhalten, bekommen jetzt wieder monatlich bis zu tausend Mark in jordanischen Dinar. An den Häuserwänden der heiligen Stadt und in den Dörfern Westjordaniens kleben Bilder von Alia, der dritten Königin Husseins. Selbst die kleine jordanische KP wirbt in Nablus und Jerusalem für König und Reich.

Mehr Freiheit als je verspricht Hussein seinen abgetrennten Untertanen in Palästina, etwa freien Volksentscheid über Autonomie innerhalb der Föderation mit den Beduinen Transjordaniens — natürlich unter König Hussein.

Um die Demontage seines Reiches zu verhindern, offerierte Hussein schließlich den sozialistischen Extremisten aus dem Irak für den Fall eines neuen Waffengangs gegen Israel Transitwege an die Front durch sein Land, das er im Oktoberkrieg sorgsam aus den Kampfhandlungen herausgehalten hatte. Irak-Chef el-Bakr war dem Algiergipfel gleichfalls ferngeblieben.

Zum Friedens-Gespräch nach Genf wollten Hussein oder sein Kronprinz und Bruder Hassan anreisen, obschon auch Afarat kommt: Ägyptens Präsident Sadat hatte dem Hussein-Berater Rifai in Kairo versichert, daß der Chef-Guerilla erst an einer späteren Friedensrunde teilnehmen solle. In der ersten will Hussein nun in Begleitung palästinensischer West-Intellektueller auf-



Palästinenser-Chef Arafat
Terrorwelle gegen Israel

treten, denen er für den Fall einer Wiedervereinigung großzügige Entwicklungshilfe versprach.

Woher Hussein das Geld dazu nehmen will, blieb freilich unklar. Bis zum Oktoberkrieg zehrte Jordanien von Spenden des Ölkönigs Feisal. Seine behutsamen Kriegsgesten auf den Golanhöhen öffneten ihm die Kassen Kuweits. Doch der Geldsegen könnte schnell versiegen: Feisal entschied sich in Algier für Arafat. Und Arafats persönlicher Gesandter in Kuweit, Chalid el-Hassan, genießt das vollste Vertrauen des Scheichs Sabbah el-Sabbah. Schon einmal, im „Schwarzen September" 1970, als Hussein die Palästinenser abschlachten ließ, hatte Kuweit die Gelder gesperrt.

So setzt Hussein seine Hoffnungen für Genf auf die Freunde in Washington — und auf die Feinde in Kairo: Ägypten ist — ähnlich wie Syrien — an der Gründung eines palästinensischen Staates weit weniger interessiert als an der Rückgewinnung seiner verlorenen Gebiete und einer dauerhaften Nahost-Regelung. Sadat: „Wir wollen endlich Frieden."

USA/EUROPA

Nichts drin

Amerikas Kissinger und Frankreichs Jobert gerieten in Brüssel aneinander: Die Allianz hat ihre Spannungen nicht bereinigt.

Im 26. Stockwerk des Brüsseler Hilton-Hotels verlangte US-Außenminister Henry Kissinger von seinen Kollegen der Europäischen Gemeinschaft ein Mitspracherecht Washingtons in der EG: „Ich will aus der Neuner-Gemeinschaft keine Zehner-Gemeinschaft machen, nur: Konsultieren wir uns doch vorher, dann gibt es nach EG-Entscheidungen keine schweren Differenzen zwischen Amerika und Europa."

Frankreichs Außenminister Michel Jobert fuhr auf: „Ein solches Verfahren wäre eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Europas."

Ironisch antwortete der Amerikaner: „Aber sagen Sie mir doch wenigstens, wen ich fragen soll, wenn ich über die europäische Position Bescheid wissen will."

Der Wortwechsel fachte einen Streit wieder an, der erst am Tag zuvor im Nato-Minsterrat mühsam beigelegt worden war. Nacheinander hatten sich die EG-Außenminister am vorigen Montag bei ihrem neuen Kollegen aus Washington darüber beschwert, daß die Amerikaner während des Nahost-Krieges im Hinterhof Europas gemeinsam mit den Russen als Weltpolizei aufgetreten waren, ohne die Nato-Partner auch nur um ihre Meinung gefragt zu haben.

Frankreichs Jobert brachte überdies den sowjetisch-amerikanischen Atompakt vom 22. Juni 1973 aufs Tapet, in dem die beiden Supermächte vereinbart hatten, einander zu konsultieren, wann immer die Gefahr eines Atomkrieges droht. Der Franzose, der ein Kondominium der Atomgiganten fürchtet und die amerikanische Nuklear-Garantie für Westeuropa gefährdet sieht, wollte von Kissinger wissen: „Wen werden die USA in einer Krise zuerst konsultieren: ihre verbündeten oder ihre sowjetischen Vertragspartner?"

Kissinger blieb die Antwort schuldig, erregte sich jedoch über die Unterstellung, durch das Abkommen werde die Sicherheit Westeuropas gegenüber der Sowjet-Union vermindert. Dies sei eine Fehldeutung; der Vertrag der beiden Mächte erhöhe im Gegenteil die Verpflichtung der USA, Westeuropa zu verteidigen.

Dann wurde der Amerikaner förmlich: „Ich erkläre hier noch einmal zu Protokoll des Natorates, daß diese Deutung unrichtig ist. Wenn in Zukunft wiederum Auslegungen kursieren, die selbst die Sowjets nicht in den Mund nehmen, dann muß ich davon ausgehen, daß dies absichtlich geschieht."

Der Franzose lenkte scheinbar ein: „Jetzt müssen wir abwarten, wie die Tatsachen aussehen. Entsprechen sie den Ausführungen des Außenministers der Vereinigten Staaten, dann lasse ich mich gern eines anderen belehren."

Kleinlaut verfolgten die übrigen Minister das Rencontre. Sie hatten erkannt, was der Franzose noch nicht wahrhaben wollte: daß die USA im Bündnis so mächtig sind wie je.

Obgleich Präsident Nixon innenpolitisch kaum noch handlungsfähig scheint, hat das politische Gewicht der USA in den letzten Monaten dennoch zugenommen: Die Amerikaner verhandelten hart um die für Europas Fleischproduktion lebenswichtigen Sojabohnen, gewannen durch die Ölkrise als potentieller Energielieferant an Bedeutung und spielten vor allem in der Nahostkrise die entscheidende Rolle — ohne Europa.

Ein Scheel-Berater meinte weiter: „Das Machtgefälle zwischen den USA und den anderen Nato-Mitgliedern ist noch größer geworden."

Großzügig gestand Kissinger den europäischen Partnern dann die verbesserten Konsultationen zu. Da während einer akuten Krise umständliche politische Kontakte mit den Verbündeten schon aus Zeitgründen kaum möglich seien, müsse die gemeinsame Politik ständig bis in Details harmonisiert werden.

Dennoch schien er erstaunt, als die Europäer vorschlugen, die politischen Direktoren der Außenministerien sollten nach dem Vorbild der EG mehrmals im Jahr zusammentreten. Kissinger: „Wir haben so etwas überhaupt nicht." Nun soll sich ein Spitzenbeamter aus dem State Department um den Kontakt zu Europa kümmern.

Schneller als je zuvor einigten sich die fünfzehn Außenminister im Nato-Hauptquartier über das Abschlußkommuniqué — in 58 Minuten statt der sonst üblichen drei bis vier Stunden. Als Bonns Walter Scheel am Dienstagmorgen im Vertrauen auf die übliche Verzögerung den Konferenzsaal mit Verspätung betrat, war der Text schon fertig.

Ein Bonner Nato-Beamter über das Tempo beim Redigieren: „Kein Wunder, da steht ja auch nichts drin."



Frankreichs Außenminister Jobert
Affront gegen Amerika